

Herr Poroschenko, Sie haben sich nach dem denkwürdigen Treffen im Weißen Haus öffentlich hinter Präsident Wolodymyr Selenskyj gestellt. Gibt es aus Ihrer Sicht trotzdem etwas, das er hätte besser machen können?

Sie nennen das denkwürdig? Das Treffen war katastrophal. Ich denke, sowohl Selenskyj, die Ukraine als auch Trump wären froh, wenn dieses Treffen nicht stattgefunden hätte. Ich bin in der Welt der Diplomatie zu Hause. Und ich kann mich nicht erinnern, jemals 60 derart katastrophale Minuten gesehen zu haben. Es war schlecht für die Ukraine und nützt nur einem Mann (er deutet auf ein Bild Wladimir Putins, auf dem dieser Handschellen trägt). Das ukrainische Verhandlungsteam hat leider sehr schlechte Beziehungen zur Trump-Administration, und das ist inakzeptabel. Man müsste das ganze Team austauschen!

Was bedeutet „das ganze Team“?

Alle, die im Oval Office waren – bis auf den Präsidenten natürlich. Aber den Leiter des Präsidialamts, die Botschafterin, die Minister. Ich sage nicht, dass alle zurücktreten sollten. Aber ihr Verhalten schadet der Ukraine und unseren Beziehungen zu den USA. Und damit schadet es unserer Sicherheit und der Sicherheit der Welt. Und es hat eine anti-amerikanische Welle im Land ins Rollen gebracht. Manche sagen jetzt, Trump sei prorussisch. Das ist einfach nicht wahr. Ich kenne Trump seit 2016. Wir hatten viele Treffen und haben gemeinsam großartige Ergebnisse erzielt. Er ist aber auch nicht pro-ukrainisch, er ist pro-amerikanisch. Deshalb sollte man ihm erklären, wie Amerika von unserem Sieg profitieren kann.

Aber war Selenskyjs Siegesplan mit dem Rohstoffvorschlag nicht genau so ein Versuch?

Man muss mit Trump anders arbeiten. Er ist heute stolz darauf, dass er uns als Erster Waffen geliefert hat. Er ist stolz auf die Nord-Stream-Sanktionen, die nicht mit Berlin abgesprochen waren. Man hat bei ihm mit den Biden-Methoden keine Chance. Das sind zwei völlig verschiedene Welten. Bei Biden muss man an Werte appellieren und Trump ist eben ein ...

... Dealmaker?

Ja, das ist ja nicht besser oder schlechter. Es erfordert nur eine andere Sprache der Diplomatie. Ein Beispiel: Als ich als Präsident in den USA war, habe ich Trump ein Geschenk mitgebracht, eine große Kiste. Trump fragte: „Was ist das?“ Ich sagte: „Ein Geschenk, es ist sehr wertvoll. Es ist eine Milliarde Dollar wert.“ Trump war neugierig und öffnete es. In der Box war kein Diamant, sondern ein großes Stück Kohle. Ich sagte zu ihm: „Ich habe einen Vertrag über den Kauf von Kohle im Wert von einer Milliarde Dollar mitgebracht. Lassen Sie uns zusammen nach Pennsylvania gehen und diesen Deal dort den Arbeitern präsentieren, die für Sie gestimmt haben.“ Trump war begeistert.

Was sollte man jetzt tun?

Es braucht einen neuen Ansatz ohne Streit: Trump will einen Waffenstillstand, dann stimmen wir zu! Er will ein Rohstoffabkommen? Zustimmung! Denn allein Putin ist es, der den Krieg braucht. Auf



Kritisiert Selenskyj: Poroschenko in der Zentrale seiner Partei Europäische Solidarität in Kiew am Freitag

Foto Daniel Pilar

„Man muss mit Trump anders arbeiten“

Der frühere ukrainische Präsident Petro Poroschenko fordert, Kiew müsse einem sofortigen Waffenstillstand zustimmen. Das Land brauche die Vereinigten Staaten an seiner Seite.

diese Weise können wir nur gewinnen: Wenn Putin dem Waffenstillstand zustimmt, ist der Krieg beendet. Und wenn er ablehnt, sind die Amerikaner wieder auf unserer Seite. Denn dann sehen sie, wer dem Frieden wirklich im Weg steht.

Nachdem Trump ihn öffentlich herabgesetzt hatte, stieg Selenskyjs Popularität in der Ukraine stark an. Das zeigen Umfragen. Ärgert Sie das, immerhin sehen Sie ihn ja als politischen Konkurrenten? Steigende Umfragewerte? Wären wir im Wahlkampf, wäre das für ihn natürlich eine super Sache. Aber es kann sein, dass wir bald keinen Staat mehr haben, in dem gewählt werden kann. Jetzt auf Umfragen zu schauen, ist unverantwortlich. Denn jetzt sollten wir über die Zukunft der Ukraine nachdenken und nicht über Wahlen. Denn Wahlen bedeuten Streit. Streit bedeutet fehlende Einheit. Fehlende Einheit aber macht uns zu einem schwachen Land. Sie waren in Pokrowsk, ich war auch vor ein paar Tagen dort. Die Situation ist katastrophal. Und warum? Unserer Armee fehlen die amerikani-

schen Geheimdienstinformationen. Wir bekommen keine Zieldaten. Natürlich können wir, wie manche Selenskyj-Anhänger, sagen: „Lasst uns die Amerikaner zur Hölle schicken. Wir kämpfen ohne sie.“ Aber das ist unverantwortlich. Denn dafür würden unsere Soldaten mit ihrem Leben bezahlen.

Sie haben sich öffentlich gegen Wahlen während des Krieges ausgesprochen. Doch Washington macht in dieser Frage Druck. Kürzlich gab es Gespräche zwischen Trump-Vertrauten und Politikern Ihrer Partei. War es schwer, die Amerikaner davon zu überzeugen, dass die Zeit noch nicht reif ist? Ich glaube nicht, dass Trump wirklich Wahlen während des Krieges will. Was ist sein Ansatz? Am Anfang steht ein sofortiger Waffenstillstand. Zweitens: Sicherheitsgarantien. Drittens: Kriegsrecht beenden. Viertens: Wahlen. Fünftens: Regierungsbildung.

Vor Kurzem hat der Sicherheitsrat Sanktionen gegen Sie beschlossen. Durch ein

Dekret Selenskyjs wurden sie wirksam. Es soll um „Hochverrat“ gehen. Wie wirken die sich konkret auf Ihre politische Arbeit aus?

Zunächst einmal: Diese Sanktionen sind verfassungswidrig, illegal und noch dazu dämlich. Sie basieren nicht auf einer Gerichtsentscheidung, es gibt also keine Rechtsgrundlage. Niemand, auch nicht der Präsident, kann einen vernünftigen Grund nennen. Denn die Sanktionen sind politisch motiviert. Der Präsident denkt nicht an die Sicherheit des Landes, sondern nur an die Wahl. Und dafür hat er den Oppositionsführer aus dem Weg geräumt. Diese Sanktionen richten sich nicht gegen Poroschenko, sondern gegen unsere nationale Einheit. Sie treffen auch das Militär, denn in drei Jahren Krieg habe ich unsere rund 200 Brigaden mit Gütern im Wert von fast sieben Milliarden Hrywnja (umgerechnet 156 Millionen Euro; Anm. d. Red.) unterstützt.

Und wie geht es nun damit weiter?

Ich habe noch Dinge im Lager, die ich ausliefern werde. Aber es wird stetig we-

Italien muss zahlen

Ein Gericht in Rom verurteilt die Regierung wegen Freiheitsberaubung von Migranten

rüb. ROM. Der Streit über die Migrationspolitik zwischen der Mitte-rechts-Koalition in Rom und der italienischen Justiz spitzt sich zu. Eine Kammer des Kassationsgerichts in Rom entschied Ende vergangener Woche in letzter Instanz, dass eritreischen Migranten eine Schadenersatzzahlung von italienischen Staat wegen Freiheitsberaubung zusteht. In dem Fall ging es um das Schiff Diciotti der Küstenwache, das im August 2018 mit rund 150 Migranten an Bord auf Geheiß des damaligen Innenministers und Vizeministerpräsidenten Matteo Salvini mehrere Tage lang nicht in einen sizilianischen Hafen einlaufen durfte.

Die Regierung aus der linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung von Regierungschef Giuseppe Conte und Matteo Salvini rechtsnationaler Lega versuchte seinerzeit, mit der faktischen Sperrung der italienischen Häfen für Schiffe mit Migranten an Bord die Partner in der EU zur anteilmäßigen Übernahme von Bootsmigranten aus dem zentralen Mittelmeer zu bewegen. Die Diciotti konnte erst in den Häfen von Catania einlaufen, nachdem sich Albanien und Irland zur Übernahme einiger Migranten bereit erklärt hatten und auch die katholische Kirche in Italien Hilfe bei der Aufnahme der Bootsfüchtlinge angeboten hatte.

Unterstützt von Menschenrechtsorganisationen und Anwälten hatten 41 Eritreer von der Diciotti den italienischen Staat wegen Freiheitsberaubung auf Schadenersatz verklagt. Gerichte in erster und zweiter Instanz hatten 2019 und 2024 die Klagen jeweils zurückgewiesen. Das Kassationsgericht gab den Eritreern nun in letzter Instanz recht und verwies die Sache zur Festlegung des Zahlungsbetrags zurück an das zuständige Berufungsgericht.

Das Kassationsgericht begründete sein Urteil damit, dass Seenotrettung

eine völkerrechtliche und rechtsstaatliche Pflicht höchsten Ranges sei, deren Einhaltung Vorrang habe vor „Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Einwanderung“. Juristen zufolge können die Migranten jeweils mit einer Summe zwischen 1000 und 2000 Euro rechnen.

Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die Eindämmung der Migration über das Mittelmeer als ein Hauptziel ihrer Regierungsarbeit verfolgt, zeigte sich nach dem Richterspruch „frustriert“. Die Regierung müsse „mit dem Geld ehrlischer italienischer Steuerzahler Menschen entschädigen, die illegal nach Italien kommen wollten“, schrieb Meloni auf der Plattform X. Salvini, der im Kabinett Meloni neuerlich Vizeministerpräsident und außerdem Verkehrsminister ist, bezeichnete das Urteil als „eine weitere Schande“ und wandte sich auf X an das Kassationsgericht: „Wenn manche Richter illegale Migranten so sehr lieben, sollten sie die Entschädigung selbst zahlen, die Flüchtlinge zu sich nach Hause einladen und sie persönlich unterstützen.“ Im Strafverfahren zum Fall Diciotti hatte das Parlament die Aufhebung der Immunität Salvinis verweigert. In einem ähnlichen Prozess im Fall des Rettungsschiffs Open Arms wurde er im Dezember vom Vorwurf der Freiheitsberaubung freigesprochen.

Die Menschenrechtsaktivistin Giovanna Cavallo, die den Eritreern kostenlos Rechtsbeistand geleistet hatte, wies die Kritik der Regierung zurück und erinnerte daran, dass alle 41 Kläger als Flüchtlinge anerkannt worden seien. Die meisten von ihnen würden heute zudem in anderen EU-Staaten leben. Angelo Bonelli, Sprecher der Allianz von Grünen und Linken, forderte Salvini auf, dieser solle die Schadenersatzzahlungen aus eigener Tasche leisten.

Alle Optionen sind offen

Von der Leyen zu Eurobonds für Verteidigung / Von Thomas Gutschker, Brüssel

Wird die EU-Kommission Eurobonds für Verteidigung vorschlagen, also gemeinsame Schulden, um den Mitgliedstaaten dann nicht nur mit Krediten, sondern auch mit Zuschüssen zu helfen? Dreimal wurde diese Frage am Sonntag der Präsidentin gestellt, dreimal wick Ursula von der Leyen einer klaren Antwort aus. „Nichts ist vom Tisch“, sagte sie in einer Pressekonferenz anlässlich der ersten hundert Tage ihres neuen Mandats. „Ich bin für alles offen, was notwendig ist.“ Ihre unmittelbare Aufgabe sehe sie aber darin, in den kommenden zehn Tagen die Gesetzestexte für jene Beschlüsse vorzulegen, die beim jüngsten EU-Gipfel getroffen wurden – also für Ausnahmen in den nationalen Haushalten für Verteidigungsinvestitionen und für ein Kreditprogramm von 150 Milliarden Euro zur gemeinsamen Beschaffung von Waffen.

Freilich erläuterte sie auch die Gründe für ihre Zurückhaltung, was einen noch größeren Schritt angeht. „Was immer die Finanzierungsoptionen sind, wir werden das Geld aufbringen müssen“, sagte sie, und zwar indem die Kommission selbst Kredite aufnimmt und aus ihrem eigenen Haushalt besichert. Dafür genutzt wird der Spielraum zwischen den tatsächlichen Ausgaben und der sogenannten Eigenmittelobergrenze, die in der Corona-Krise auf 1,46 Prozent der EU-Wirtschaftskraft erhöht worden ist, um neben dem regulären Haushalt (etwa 1 Prozent) auch die Kredite für den Wiederaufbaufonds zu besichern. Genutzt wird der Spielraum außerdem für einen Teil der Ukraine-Hilfen. Was noch verbleibt, reicht für das 150-Milliarden-Programm, aber offenbar nicht für sehr viel mehr.

Deshalb müssten die Mitgliedstaaten zunächst der Kommission neue Eigenmittel verschaffen, bevor ein weiteres großes Programm für Zuschüsse überhaupt möglich würde. Zwar ist das ohnehin notwendig, weil die Kommission ab 2027 mit der Rückzahlung ihrer Kredite für den Wiederaufbaufonds beginnen muss. Doch haben die Staaten bislang

noch keine Regelung dafür getroffen – womit auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) seine Ablehnung von Eurobonds zuletzt begründet hatte. Die Staaten müssten zuerst ihre Hausaufgaben machen, heißt es in der Kommission.

Von der Leyen erwartet außerdem, dass jene, die besonders stark auf gemeinsame Schulden dringen, wie etwa die Regierungschefs aus Polen und Spanien, Donald Tusk und Pedro Sánchez, auf den künftigen Bundeskanzler Friedrich Merz zugehen, um mit ihm einen Vorschlag auszuhandeln. Erinnert wird daran, dass auch in der Corona-Krise die Initiative von der damaligen Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron ausgegangen war. Wahrscheinlich ist deshalb, dass das Weißbuch zur Verteidigungspolitik, das die Kommission am 19. März vorlegen wird, zwar eine Option für Eurobonds enthält, aber den Ball zugleich an die Staaten zurückschleift.



Mitgliedstaaten am Zug: Ursula von der Leyen am Sonntag in Brüssel

Foto EPA

niger. Ich gebe mein Bestes, um zu liefern. Aber die Armee leidet darunter. Im Übrigen werden die Sanktionen unserer EU-Integration schaden. Denn die Grundvoraussetzung dafür ist Rechtsstaatlichkeit. Die Grundlage der Sanktionen aber ist: „Ich hasse Poroschenko.“ Das ist wie bei Stalin oder Hitler. So was gibt es nicht in einem demokratischen Land, das EU-Mitglied werden will.

Hatte Trump dann doch recht, als er sagte, Selenskyj sei ein Diktator?

Ich werde vor Gericht gehen und diese Sanktionen anfechten. Wie will man das überhaupt der Öffentlichkeit vermitteln? Wegen der Sanktionen sind meine Konten gesperrt.

Wie bedeutet das für Ihre Partei „Europäische Solidarität“?

Sie nehmen mir die Möglichkeit, mich zur Wahl zu stellen. Außerdem nehmen sie mir die Möglichkeit, politische Aktivitäten auf saubere und transparente Weise zu finanzieren. Meine Aktivitäten konzentrieren sich jetzt auf drei Bereiche: Der erste ist die Unterstützung der Armee, und der nimmt 80 Prozent meiner Zeit in Anspruch. Der zweite ist die parlamentarische Arbeit. Dort hat man versucht, mich für ein halbes Jahr vom Besuch der Parlamentsitzungen auszuschließen. Der dritte ist die parlamentarische Diplomatie. Doch man erlaubt mir nicht, ins Ausland zu reisen.

Vielleicht könnte man all das auch als Teil des Deoligarchisierungsprozesses der Regierung sehen?

Jetzt haben wir nur noch einen Oligarchen – und das ist Andrij Jermak (der Leiter des Präsidialamts; Anm. d. Red.).

Wenn man mit Ukrainern spricht, spürt man oft eine große Enttäuschung von der Politik. Das Vertrauen in Parteien und das Parlament ist gering, viele sehen sich nach etwas Neuem. Niemand verkörpert die Vergangenheit so sehr wie Sie. Wie wollen Sie diese Menschen überzeugen?

Zunächst einmal habe ich meine eigenen Unterstützer. Die Abwendung von etablierter Politik ist ein globaler Trend. Auch in Deutschland gibt es die AfD, die die alten Politiker entsorgen will. Es sind Populisten, die so etwas fordern. Und die im Übrigen von Russland finanziert werden. Auch hier gibt es Telegramkanäle, die solche Narrative verbreiten. Sie versprechen einfache Lösungen. Manche tun so, als könne man sich mit Putin einfach in der Mitte treffen. Das kann man schon, die Mitte ist dann aber der Fluss Dnipro. Und auch damit wäre er nicht zufrieden. Putin braucht weder Charkiw noch Cherson noch Donezk oder Luhansk. Putin braucht die gesamte Ukraine.

Früher hatten Sie ein simples Motto: Armee, Sprache, Glaube. Ist das heute noch Unterscheidungsmerkmal genug, um Leute zu überzeugen?

Das war das Motto des Präsidenten Poroschenko. Dann wurde es zum Motto der „Europäischen Solidarität“. Und jetzt ist es zur Ideologie der gesamten Ukraine geworden. Und darauf bin ich stolz.

Die Fragen stellte **Robert Putzbach**.

Vormarsch in Kursk

Russlands Armee erobert Orte zurück

ropu. KIEW. Die ukrainischen Truppen im russischen Grenzgebiet Kursk stehen unter großem Druck und sind von einer Einkesselung bedroht. Am Wochenende gelang der russischen Armee die Rückeroberung mehrerer Ortschaften in der Nähe der Kleinstadt Sudscha. Videoaufnahmen in sozialen Netzwerken zeigen den Beschuss ukrainischer Kolonnen und russische Soldaten, die in einer Gasröhre offenbar in Richtung Sudscha vorrücken. Dabei könnte es sich um die Pipeline Urengoi-Pomary-Uschchorod handeln, über die Russland bis zum 1. Januar 2025 Gas nach Europa lieferte. Ukrainischen Medien zufolge besteht das Risiko einer Einkesselung von bis zu 10.000 Soldaten.

Die ukrainische Armee hält einen Teil des russischen Territoriums seit Sommer 2024 besetzt. Dahinter steht die Absicht, ein Faustpfand für künftige Verhandlungen zu haben. Die Situation rund um Sudscha, das seit Mitte August 2024 von ukrainischen Truppen kontrolliert wird, verschlechterte sich in den vergangenen Wochen zu nehmend. Wichtige Nachschublinien befinden sich in der Reichweite russischer kabelgesteuerter First-Person-Schiever-Drohnen. Ukrainischen Medien zufolge verschlechterte sich die Situation weiter, seitdem die amerikanische Seite aufhörte, Geheimdienstinformationen, Zieldaten und Satellitenbilder mit Kiew zu teilen.

Am Wochenende kamen bei massiven russischen Angriffen auf Städte im Donbas Dutzende Zivilisten ums Leben. Allein in der Bergbaustadt Dobropillja im Gebiet Donezk wurden laut Behörden mindestens elf Menschen getötet. Es gab bei den Treffern auch mindestens 30 Verletzte, unter ihnen fünf Kinder, wie die Rettungskräfte mitteilten. Russland setzte demnach Mehrfachraketenwerfer vom Typ Tornado ein, ebenso wie Drohnen und eine Rakete vom Typ Iskander. Insgesamt wurden seit Freitag im Gebiet Donezk mindestens 20 Zivilisten getötet, wie Gouverneur Wadym Filaschkin auf der Plattform Telegram mitteilte.

Wichtiges in Kürze

AfD ruft Verfassungsgericht an

Der Bundestagsabgeordnete Christian Wirth (AfD) hat das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet, um zu verhindern, dass am Donnerstag der 20. Bundestag zu einer Sondersitzung zusammenkommt. In dem Schriftsatz, der der F.A.Z. vorliegt, argumentiert der Jurist: „Der Alt-Bundestag ist kommissarisch im Amt und nicht befugt, Gesetze zu beschließen, die erheblich in die Gestaltungsfreiheit des Neu-Bundestags eingreifen.“ Wirth teilte mit, er führe den Organstreit auch im Namen anderer AfD-Abgeordneter. Zuvor hatte der Vizevorsitzende der AfD, Stephan Brandner, mitgeteilt, seine Fraktion habe Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) in einem Brief aufgefordert, die Sondersitzung abzusagen. Sollte dies bis Montag nicht geschehen, werde die Fraktion das Bundesverfassungsgericht anrufen. fha.

Papst nimmt Amtsverzicht von Bischof Genn an

Papst Franziskus hat erwartungsgemäß den altersbedingten Amtsverzicht von Bischof Felix Genn angenommen. Der 1950 in der Eifel geborene Geistliche stand seit 2009 an der Spitze des Bistums Münster. Zuvor war er Weihbischof im Bistum Trier und Bischof von Essen. Dem vatikanischen Dikasterium für die Bischöfe, in dem auch über Bischofskandidaten für Deutschland befunden wird, gehört Genn weiterhin an. D.D.

Secret Service schießt auf Mann nahe Weißem Haus

In der Nähe des Weißen Hauses in Washington ist es in der Nacht zu Sonntag zu einer Schießerei gekommen. Der für den Schutz des amerikanischen Präsidenten zuständige Secret Service teilte mit, man habe auf einen Bewaffneten geschossen. Der Mann sei in ein Krankenhaus gebracht worden. Präsident Donald Trump sei zum Zeitpunkt des Vorfalls in seinem Wohnsitz in Florida gewesen. Der Secret Service hatte eigenen Angaben zufolge einen Hinweis erhalten, dass eine suizidgefährdete Person auf dem Weg von Indiana nach Washington sei. Das Auto der Person sei dann einen Straßenblock vom Weißen Haus entfernt entdeckt worden. Als Agenten sich dem Mann näherten, habe dieser eine Schusswaffe gezogen. Zum Zustand des Mannes wurden zunächst keine Angaben gemacht. Reuters